

Grundsatzprogramm des Stadtschüler*innenrats Darmstadt



I. Mitbestimmung und SV-Arbeit

Die Schüler*innenvertretungen sollen gegenüber den Schüler*innen ihrer Schule präsent sein und ihr Handeln transparent darlegen. Die S*V muss von der Schulgemeinschaft als Gremium der Schule akzeptiert werden und unabhängig und frei handeln können. Um dies zu gewährleisten, müssen S*Ven unterstützende Maßnahmen von der Schule erhalten. Geschieht das nicht, sehen wir es als unsere Aufgabe, dies einzufordern.

Auch AGs sollten bei Bedarf Unterstützung bekommen. Wir befürworten selbstorganisierte Projekte, wie Schüler*innenzeitungen, Seminare, Veranstaltungen oder Plattformen und Gruppen, welche als uneingeschränkte Sprachorgane der Schüler*innenschaft fungieren können, solange diese nicht respektlos oder diskriminierend gegenüber Schüler*innen, Lehrkräften oder Anderen sind.

Wir fordern Mitgestaltung von Schüler*innen bei Planung und Umsetzung von Projekten, sowie bei Gestaltung und Planung der Schulräume und -gebäude. Auch den Unterricht sollen Schüler*innen aktiv und kreativ mitgestalten.

Wir fordern, dass unabhängiges Handeln von Schüler*innen gefördert und befürwortet wird. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Schüler*innen im Aufbau einer S*V und in der Interessenvertretung gegenüber der Schulleitung zu unterstützen.

II. Schulsystem

Wir sind für ein Schulsystem, das sich auf individuelle, aber gemeinschaftliche Förderung fokussiert, da das aktuelle System soziale Ungerechtigkeit und Chancenungleichheit und damit Formen der Diskriminierung fördert. Gemeinsames Lernen soll Solidarität zwischen den Schüler*innen fördern, indem sie sich mit ihren verschiedenen Voraussetzungen gegenseitig helfen. Wir wollen gemeinschaftliches Miteinander statt Leistungszwang und Konkurrenz. Hierfür sehen wir es als erforderlich, das einseitige notenbasierte Bewertungssystem durch individuelle, konstruktive und respektvolle Rückmeldungen auf Augenhöhe zu erweitern. Für den Unterricht fordern wir vielfältige und moderne Räumlichkeiten und Umgebungen, die neben Begegnungsorten auch Rückzugsräume bieten. Bildung muss kostenlos und für alle

zugänglich sein. Digitale Angebote und Lernmittel müssen unabhängig von Kompetenz und Einkommen der Eltern für alle zur Verfügung stehen. Alternative Bildungsformen welche kostenlos sein müssen, befürworten wir, sofern sie dem Abbau von sozialer Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu arbeiten. Hierbei legen wir zum Beispiel Wert auf den Abbau vom klassischen Frontalunterricht.

Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau qualitativ hochwertiger schulpsychologischer Angebote, die für Schüler*innen leicht zugänglich sind.

III. Unterrichtsinhalte

Moralische Werte, ethische Themen, Umweltschutz, Friedenserziehung, die Vermittlung von solidarischem Miteinander auf globaler Ebene, sowie individuelle Themensetzung sollen Teil des Unterrichts sein.

Wir setzen uns außerdem für eine neutrale sachliche Drogenaufklärung ein. Aufklärung über vielfältige Formen der Sexualität und Liebe sowie zu unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten muss Teil des Unterrichts sein. Gerade diese Themen sollen tabufrei und in einem geschützten Rahmen behandelt werden.

Konfessionsbezogenen Religionsunterricht lehnen wir ab.

Schule soll kreatives Denken und selbstständiges Handeln fördern. Unsere Bildung muss uns die Möglichkeit bieten uns zu selbstbewussten, solidarischen und sozialen Menschen zu entwickeln. Der Unterricht darf unter keinen Umständen Faschismus Antisemitismus und sexistische Unterdrückung verharmlosen, sondern muss sensibilisierend Aufklärung betreiben. Auch muss eine postkoloniale Aufklärung stattfinden. Ein kritisches Auseinandersetzen mit bestehenden Verhältnissen und das Hinterfragen dieser muss gefördert werden. Dazu gehört auch das Erlernen und Aufklären von alternativen Systemen. Persönliche individuelle Entwicklung muss in der Schule Platz haben.

Schüler*innen sollen lernen verantwortungsvoll mit digitalen Medien umzugehen, dazu müssen Lehrkräfte entsprechend aus- und weitergebildet werden.

IV. Autorität und Umgang

Wir, der Stadtschüler*innenrat, sprechen uns für ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schüler*innen aus. Das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schüler*innen soll von einem autoritären, frontalen zu einem gemeinsamen und unterstützenden werden, sodass sich Lehrkräfte und Schüler*innen auf einer Ebene begegnen. Lehrkräfte werden hierbei zu Begleiter*innen in der Schullaufbahn und sind keine Hauptentscheidungsträger*innen mehr. Wir fordern eine gemeinsame Gestaltung des Lernens sowie des Schullebens, bei welcher Schüler*innen die Möglichkeit gegeben wird, aktiv mitzubestimmen. Wir stehen für einen sensiblen und respektvollen Umgang auf Augenhöhe miteinander, in dem darauf geachtet wird, diskriminierendes Verhalten abzubauen. Dabei sollen sich Lehrkräfte vorbildlich verhalten. Der Unterricht soll möglichst barrierefrei stattfinden und sollte mehr zielgerichtete Sprache beinhalten.

V. Diskriminierung

Wir lehnen jegliche Formen der Diskriminierung ab und stellen uns gegen personengruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Schulen sollen inklusiv für Menschen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen sein. Außerdem müssen sie frei von Rassismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus, Adultismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen der Diskriminierung sein. Schüler*innen dürfen nicht aufgrund des Einkommens der Eltern oder ihrer sozialen Herkunft benachteiligt werden.

Wir treten der Diskriminierung aktiv entgegen. Auf individueller, institutioneller und systematischer Ebene muss Diskriminierung bekämpft werden. Ein wichtiger Teil in diesem Kampf ist das Entgegenreten von diskriminierendem Verhalten bei Lehrkräften und die Unterstützung von Opfern jeglicher Diskriminierung.

VI. Politische Positionierung

In Zeiten wiedererstarkender Gewalt ist es uns besonders wichtig, gemeinsam mit verschiedenen Organisationen und Partner*innen eine klare Gegenposition, insbesondere zu rechter, sowie zu jegliche Form von Gewalt in unserer Gesellschaft zu beziehen.

Gemeinsam wollen wir, auch mit Hilfe des zivilen Ungehorsams, welchen wir als legitimes Mittel des politischen Aktivismus betrachten, an der Verwirklichung einer gerechteren Welt arbeiten.

Wir verurteilen Krieg und den damit einhergehenden Militarismus und stellen uns daher gegen das Präsentieren der Bundeswehr an Schulen. Hingegen unterstützen wir internationale Freiheits- und Unabhängigkeits- sowie Antikriegsbewegungen.

Auch verurteilen wir Abschiebungen und setzen uns für eine solidarische Gemeinschaft insbesondere an Schulen ein. Dies beinhaltet auch unsere Gesellschaft und das System, in dem wir leben, kritisch zu hinterfragen. Wir nehmen nicht hin, dass Bildung momentan nur ein Instrument des kapitalistischen System ist, um Schüler*innen in dieses einzubauen, anstatt ihnen freies Denken und Entwickeln zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang positionieren wir uns gegen eine profitorientierte Gesellschaft.

Die Thematik der Klimakrise ist aus unserer Zeit nicht wegzudenken und sollte daher auch an Schulen einen höheren Stellenwert einnehmen. Wir fordern die Schulen dazu auf, den Schulalltag ökologisch nachhaltig zu gestalten und die Thematik mehr in den Unterricht zu integrieren.

Zudem solidarisieren wir uns mit der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung.

Besonders wichtig ist es uns, die Jugend in ihrer Rolle, als kämpferisches, visionäres Glied unserer Gesellschaft zu bestärken. Wir, die Schüler*innen, sind die Zukunft. Wir sind die Jugend, die frei von Resignation das Potenzial hat, wirklich etwas zu verändern, wir haben weniger

Fesseln als die, die schon fest in die Gesellschaft eingebunden sind und können dadurch am leichtesten neue Wege einschlagen.

Dieser wichtigen Rolle sollten wir uns bewusst sein und uns souverän für unsere Ziele einsetzen.

Doch sollten wir nicht vergessen, dass wir all dies nicht erreichen können, wenn wir nicht zusammenstehen.

Im Zuge dessen solidarisieren wir uns mit emanzipatorischen Jugendbewegungen international.

Wir positionieren uns klar gegen die aktive Verbreitung von Falschinformationen und Verschwörungsideologien.